

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Belegabonnements und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein-Verlag, Grosse Berliner Str. 10
Redaktion: Ullstein-Verlag, Grosse Berliner Str. 10
Druck: Ullstein-Verlag, Grosse Berliner Str. 10

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26
Telefon: 3688-3690
Telegraph: 3688-3690
Telegraphisch: 3688-3690

Die neuen Getreidezölle Weizenpreis durchschnittlich 260 Mark

Die Regierungsparteien — Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei — haben sich über die Agrarzölle geeinigt. Entsprechend ihren gemeinsamen Vorschlägen werden vom Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages mit 18 gegen 6 Stimmen folgende Beschlüsse gefasst:

Wenn die Einführung der Weizenpreise erforderlich ist, soll die Regierung den Zoll für Weizen und Spelz bis auf den Betrag von 350 Mark für einen Doppelzentner herabsetzen oder bis auf den Betrag von 950 Mark herabsetzen. Hierbei hat ein Preis von 200 Mark pro Tonne als Durchschnittspreis zu gelten. Die Steuermöglichkeit einer Herabsetzung des Zollfußes ist jeweils spätestens nach Ablauf einer Frist von drei Monaten zu prüfen. Die erstmalige Prüfung hat am Grund der durchschnittlichen Preisentwicklung vom 1. September bis 31. Dezember 1929 zu erfolgen. Ein entsprechender Beschluß wurde für den Roggenzoll gefasst. Er nach unten auf 3 Mark, nach oben auf 9 Mark begrenzt werden soll. Als Durchschnittspreis für eine Tonne Roggen sollen 250 Mark gelten.

Für die Einfuhrzölle gelten folgende Bestimmungen: Der Abschluß der Einfuhrzölle ist der niedrigste (im Zolltarif nachfolgende allgemeine oder vertragsmäßige) Zollfuß der bestehenden Freizugtarife, bei Weizen der Betrag von 6 Mark für einen Doppelzentner zugrunde zu legen. Bei Roggen ist der Abschluß der Einfuhrzölle ein Betrag von 6 Mark für einen Doppelzentner und bei Weizen und Spelz ein Betrag von 650 Mark für einen Doppelzentner zugrunde zu legen. Solange der Zollfuß für Roggen nicht den Betrag von 650 Mark und bei Weizen und Spelz nicht den Betrag von 650 Mark unterschreitet, die Reichsregierung wird jedoch ermächtigt, bei der Ausfuhr von Roggen die Erleichterung von Einfuhrzöllen an Bedingungen zu knüpfen. Ferner wird bei der Ausfuhr von im Inland erzeugter Gerste mit einer Netto-Gewicht von mehr als 67 Kilogramm bis zu einer Höchstmenge von 500 000 Doppelzentner in einem Kalenderjahr der Abschluß der Einfuhrzölle ein Betrag von 650 Mark für einen Doppelzentner zugrunde gelegt; diese Einfuhrzölle dürfen nicht zur Befreiung des Zollfuß für Gerste, die zur Befreiung bestimmt ist, benutzt werden.

In der Ausfuhrzölle hat die Reichsregierung, wenn schon Einfuhrzölle eingeführt würden, den Zollfuß für Weizen und Roggen der Höhe entsprechen zu lassen und bei Weizen 9 Mark pro Doppelzentner betragen.

Reichsaussenminister Dietrich erwiderte, bei einem Ausfuhrzoll von neun Mark pro Doppelzentner Roggen wäre es möglich, den Zentner Roggen aus Österreich für 450 Mark im Ausland

anzubieten. Das wäre nicht nur eine Verschleuderung deutscher Produktionsenergie, sondern das Ausland würde uns den Vorwurf machen, daß wir mit Reichsmitteln Dumping treiben. Wir wollen den geraden Weg gehen und versuchen, mit Vöten zusammen die Roggenausfuhr zu regulieren. Zu diesem Zweck ist mit dem Antrag über die Festlegung der Einfuhrzölle die Bemerkung angefügt, daß die Regierung die Ermächtigung erhält, die Urtellung von Ausfuhrzöllen an Bedingungen zu knüpfen.

Der Zollfuß für Braugerste wurde nach der Regierungsvorlage angenommen; für Weizen wurde ein fester Zollfuß von 6 Millionen angesetzt.

Ferner wurde gemäß einem Antrag der Regierungsparteien beschloffen: Der geltende Zollfuß für Weizen von 1275 Mark bleibt solange in Kraft, als für Gerste ein Vortragszollfuß von 5 Mark für einen Doppelzentner besteht.

Zu der Resolution der Regierungsvorlage, die Zollfreiheit für Reis zur Befreiung von Zöllen vorschlägt, beantragte Abg. Stubendorfer (Zent.) einen Zollfuß von 2,50 Mark zum Schutze der deutschen Kartoffelverarbeitenden Industrie.

Reichsaussenminister Dietrich: Ein so verheerender Antrag ist noch kaum gestellt worden. Im Reichswirtschaftsrat ist festgestellt worden, daß erstens die Güter, die aus Reis hergestellt werden, aus Kartoffeln nicht hergestellt werden kann, zweitens die Reisstärke zu ganz anderem Zwecke verwendet wird als die Kartoffelstärke, und drittens die aus Reis hergestellte Stärke mindestens dreimal so teuer ist, wie die aus Kartoffeln hergestellte. Die Resolution wurde in der Fassung der Vorlage angenommen.

Mehl, Vieh und Fleisch

In den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien wurde eine Einigung über die Weizenzölle erzielt. Die Schutzspanne soll 4,25 Mark betragen. Um dem Mehl den gleichen Schutz zuteil werden zu lassen, wie dem Getreide, soll jeweils dem 1/10 des Oesterreichs ein Betrag von 4,25 Mark zugewiesen werden. Ueber die Vieh- und Fleischzölle ist keine Vereinbarung erfolgt. Man hofft aber, bis morgen zur Benachbarung nach einer Vereinbarung zu kommen. Voraussichtlich wird die Abstimmung Freitagabend. Am der endgültigen Annahme der Zollvorlage besteht kein Zweifel.

Terror gegen die Lambach-Gruppe Deutschnationaler Klassenkampf

Hamburg, 18. Dezember / Ullstein-Nachrichtendienst

Die deutschnationalen Opposition in Hamburg, die in dem Bereich der deutschnationalen Vereine für die hamburgischen Stadtgebiete bereits gut organisiert ist, hatte zu einer Versammlung geladen, in der Reichsaussenminister Dietrich Lambach mit den Nationalsozialisten gegenüber abzuordnen gebotet.

Der Kampf gegen die Versammlung ist die Aufgabe der deutschen Arbeiter, die gegenwärtig bei der deutschnationalen Rechte herrschen. Die Gruppe, die von den Nationalsozialisten, dem Stahlbund und der Arbeitervereine gestellt wurde, sorgte dafür, daß die deutschen Auswanderer in einem einzigen, fast zweiwöchigen, ununterbrochenen Tumult untergingen.

Der Kampf begann, als Lambach sich für eine wahllos konstruktive Tätigkeit einsetzte und sich gegen die Polizei wandte, die gegenwärtig erläßt, das ganze System müde erst zusammenbrechen. Da kein organisierter Kampf vorhanden war, waren die Lambachhänger fast machtlos gegen die systematisch vordringenden Nationalisten. Schließlich würgte sich während der Diskussion ein Redner der Nationalisten, die Rednertribüne wieder

zu verlassen. Das war das Zeichen zu einem Generaltumult auf die Tribüne und zu einem erditterten Donnergang.

Erst die republikanische Hamburger Polizei vermochte die deutschnationalen Arbeiter zu trennen. Diese Vorfälle haben die Opposition in den deutschnationalen Kreisen sehr verärgert und den Auseinandersetzungen jetzt eine sehr offene Klassenkampfcharakter gegeben.

Wieder ein Austritt

Der Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Bruno P. H., Mitglied des Reichsausschusses, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Er begründet diesen Schritt mit einem Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Arbeitnehmervertreter in der Partei und in der Fraktion hat die persönliche Unparteilichkeit des Geheimnisses Gungenberg zu eindeutig bewiesen, daß es mir nutzlos erscheint, noch weiter Mitglied einer Partei zu bleiben, die bereit ist, sich solcher Fälschung überantworten und sich damit selbst zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.“

Bertinag list

Der Außenpolitiker des nationalfranzösischen „Echo de Paris“, der unter dem Pseudonym Bertinag schreibt, bringt die Meinung, der englische Schatzminister Snowden solle sich das Verlangen, daß in den Finanzkreisen „Sensationsbestimmungen“ aufgenommen werden, für den Fall, daß Deutschland vollständig unwillig werde. Bertinag meint, daß Snowden nicht gleich an die Wiederbelebung des Subjektvertrages oder des Abkommens denke, oder vielmehr an die Realisierung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission spielt seit dem Abschluß des Dawes-Vertrages keine Rolle mehr. „Son „Sanctions“ ist ebenfalls seit dem Londoner Abkommen keine Rede mehr. Hat somit der Young-Plan in Berlin die „Sensationsbestimmungen“ aufgenommen werden, für den Fall, daß Deutschland vollständig unwillig werde, Snowden zu erweitern. Darüber hat man sich ja auch auf der Haager Konferenz im Sommer unterhalten.

Snowden wird sehr überflüssig sein, aus dem „Echo de Paris“ zu erfahren, daß er mit einmal so belegen um die Wiederbelebung des Sanctions-Systems leide. Aber der englische Schatzminister wird sofort befragen, daß Bertinag, der einige Nationalisten, aus begreiflicher Besorgnis, könnte man sich nicht über den unglücklichen Minister aufhalten, ist, das man französische Ministerpräsidenten, obwohl er offenbar Herrn E. B. die Haager Schlußkonferenz auffassen will. Wie wollen unterdessen Herrn Snowden aus dem Spiel lassen, an dem er nicht beteiligt ist; aber wir wollen das Treiben der französischen Nationalisten wohl beachten, die für die Haager Schlußkonferenz neue Schwierigkeiten erfinden möchten, liegt im eigenen Interesse, teils aus freundschaftlich für die deutschen Nationalisten, die solche Hülfe zu brauchen können.

Ist das Radium zu teuer?

Zu den Ausfuhrzöllen über die Liebertierung des Radiums in der „Vossischen Zeitung“ vom 6. Dezember äußert sich der durch seine Entdeckung am dem Polarisieren Radiums bekannte Prager Radiologe Dr. Bohumel folgendermaßen:

Vor zehn Jahren, als Jodmischsalz in Schweden noch der einzige Fundort war, folgte ein Milligramm Radium 120 Dollar. Später hat man radiumhaltiges Glimmer aus den Vereinigten Staaten entdeckt, hat aber dort das wertvolle Metall nur zu Forschungszwecken verwendet und wissenschaftlich nicht ausgewertet. Das den zweiten verwendet und wissenschaftlich nicht ausgewertet. Das den zweiten erfindung von hundert Millionen Dollar wurde es als wissenschaftlichen Zwecken anerkannt. Der Preis des Radiums pro Gramm ist heute geringer als in Jodmischsalz, er beläuft sich auf achtzig Dollar für das Milligramm, und kam mit einem Mgio von 200 Dollar in den Handel.

Einer Umformung brachte die Entdeckung großer Radiumvorkommen in Kanada im belgischen Kongo (1922). An den dortigen Kupfererzwerken wurden als Nebenprodukte Uranerze gewonnen, die fast radiumhaltig waren. Das Radium wurde zusammen mit dem Kupfer nach Europa verfrachtet, die Transportkosten waren daher gering, und ein isolierter Preis für das Radium, bis auf 70 Dollar für das Milligramm, war die Folge. Sie heute ist das Radium noch um weitere 20 Dollar für das Milligramm im Preise gesunken: man erhält es heute

bereits für 50 Dollar. Dieser Preis wird allerdings mehrere Jahre hindurch stabil bleiben.

Die Entdeckung radiumhaltiger Uranerze im belgischen Kongogebiet hat die Rentabilität der Radiumgewinnung in Jodmischsalz vermindert. Jodmischsalz arbeitet heute mit großen Verlusten und verkauft sein Radium tief unter dem Herstellungskosten. Lediglich aus Isotolen und Prellsteinen hat man die Radiumgewinnung aus Rohstoffen nicht eingestellt. Die Arbeit in den Jodmischsalzwerken geht in fünfjähriger Arbeit. Es wird von sich selbst dabei eine laufende Arbeiterbesetzung, die folgenden sechs Jahren in Jodmischsalz eingestellt sind. Außer in Kalifornien und Jodmischsalz wird nur noch in Tuzo Shan in Turkestan Radium in kleinen Mengen gefunden. Amerika hat sich unrentable Produktion längst eingestellt.

Zährlieh werden auf allen Fundstätten zusammen 20 Gramm Radium gewonnen. 95 Prozent davon werden für klinische Zwecke, 5 Prozent für Forschungszwecke verwendet. Die gegenwärtig auf der Welt vorhandene Radiummenge beträgt 270 Gramm. Das die es ist der Erfolg einer Radiumbehandlung verläuft unglücklich, aber auch nicht unglücklich als einer Operation. Die Radiumbehandlung hat überdies eine günstige psychologische Wirkung auf den Patienten und wirkt außerordentlich schmerzstillend. Ihre Rollen sind etwa ebenso hoch wie die einer Operation durch einen Chirurgen mit gutem Namen.

